

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Schule muss Sache der Kommune werden

- Plädoyer für mehr Selbstbewusstsein in der Bildungspolitik

Wenn der Mandelkern zur Flucht aufruft

- Wie sich Gefühle im Unterricht auswirken

Hier wird Schule ganz neu gedacht

- Deutscher Schulpreis für Gymnasium in Mössingen

Streng gläubig und brutal

- Muslimische Jungen oft gewalttätiger

Lebensbegleiter im sozialen Brennpunkt

- Deutscher Präventionspreis geht nach Pforzheim

Von der verordneten Schule zur Bürgerschule

- Warum Einheitslösungen die Bildung nicht verbessern

Ausbau beruflicher Schulen wird fortgesetzt

- Kultusministerin Marion Schick zum aktuellen Ländervergleich

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Schulentwicklung: Kommunen mehr einbinden	3	Schulbezirksregelung: Nachteil für Hauptschulen.	22
Bildungspolitik: Schule nicht weiter verordnen	4	VBE-Kritik: Mehr Schulabbrecher durch Werkrealschule.	22
Ländervergleich: Fragen an die Kultusministerin	7	Frühkindliche Bildung: Baden-Württemberg am unteren Ende	23
Unterricht: Wie sich Gefühle auf das Lernen auswirken	8	Sprachförderung: Mittel zu knapp bemessen	23
Abitur: Klage gegen Prüfungsausschluss	11		
Lernmittelfreiheit: Was Eltern wissen sollten	12	Hochschule aktuell	
Deutscher Schulpreis: Firstwald-Gymnasium ausgezeichnet	14	Förderung für Mädchen: Das Programm „Schülerinnen forschen“	24
Prävention: Preis für die Arbeit der Nordstadtschule	16	Mein Studienalltag: Warum eine Frau den Maschinenbau wählt.	27
Neue Studie: Gewaltproblem mit muslimischen Jungen	20		
Neue Werkrealschule: LEB kritisiert Bildungsplan	21		



Matthias Fiola, Vorsitzender
des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Woche ist der Ländervergleichsbericht, eine Ergänzung von Pisa, neu herausgekommen, wieder mit dem Testat für Bayern und Baden-Württemberg, spitze zu sein. Daran hat sich zum Glück nichts geändert. Nicht geändert hat sich aber auch die mangelnde Sozialdurchlässigkeit an unseren Schulen. Bei gleichen Voraussetzungen hat das Akademikerkind immer noch eine 6,5-fach höhere Chance, aufs Gymnasium zu kommen, als das Arbeiterkind. Da bei uns aber die Grundschulen entscheiden, wer zum Gymnasium gehen darf und wer nicht, fragt sich doch, von was diese Entscheidung, eigentlich ist es ja eine Prognose, abhängig ist. Von dem Potential, das einem Viertklässler zugetraut wird, oder von dem Umfang, mit dem die Eltern ihr Kind unterstützen können? Da, wo diese Unterstützung geleistet werden kann, sind unsere Schulen gut, dort wo nicht, sind unsere Kinder zu schlecht. Der Ruf nach mehr Elternengagement, der parallel dazu vermehrt zu hören war, sollte vor diesem Hintergrund sehr differenziert betrachtet werden. Dieses soll nicht heißen, dass auch Eltern sich nicht noch verbessern, Schulen noch besser kennen lernen, ihre Hilfe für die Kinder verstärken können. Es bleibt aber festzuhalten, dass ganz offensichtlich die elterliche Hilfe entscheidend für das Fortkommen unserer

Kinder ist. Und dass Eltern in unserem Lande in sehr großem Umfange Hilfe leisten, erkennt man an den für uns positiven Elementen des Berichtes.

Eine hervorragende Möglichkeit, sich hier noch zu verbessern, ist die frühkindliche Bildung. Alle Projekte, die jetzt auslaufen, zeigen, wie wichtig es ist, Eltern sehr früh an runden Tischen einzubinden und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Ich fordere, diese runden Tische überall und für alle Eltern zu ermöglichen.

Und ein weiteres Ergebnis dieses Testes hat sich leider über die Jahre auch nicht verändert. Unsere Jungen und Mädchen schneiden sehr unterschiedlich ab. Die Jungen aus dem besten Bundesland waren schlechter als die Mädchen aus dem schlechtesten Land. Und dieser Unterschied ist schon ziemlich gewaltig. Auch da gilt es endlich gegenzusteuern. Wir erreichen unsere Jungs nicht mehr, sprechen offensichtlich in den Klassen nicht ihre Sprache, holen sie nicht bei ihren Stärken und Interessen ab. Gerade hier sind unsere Pädagogen in den Schulen gefragt.

Mit herzlichen Grüßen

M. Fiola

Matthias Fiola

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Matthias Fiola – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Chistiane Staab (cs), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Schule muss Sache der Kommune werden

Ein Plädoyer für mehr kommunales Selbstbewusstsein in der Bildungspolitik

Es geht ein leises Raunen durch das Land, Gemeinden und Städte. Aus dem Raunen wird ein Rufen, da sind wir sicher! Was wird geraunt? Es ist der bisher eher vereinzelt geäußerte Wunsch, Schulen dort zu verorten, wo die Menschen wohnen, die schulische Arbeit erbracht wird und die Netzwerke vorhanden sind: in der Kommune.

Lange verhallte die politische Forderung nach Regionalschulen, die meisten unter uns waren noch nicht reif für diese Vision, die Verfasser eingeschlossen. Nun kann aber niemand mehr die Augen vor der bedrückenden Realität im Bildungswesen verschließen.

Ein hierarchisch „durchdekliniertes“ Schulsystem verweigert sich den notwendigen Anpassungen, die eine demokratische Gesellschaft, Familienleben, Demografie, Zuwanderung, Arbeitswelt, Chancengerechtigkeit im 21. Jahrhundert erfordern. Ist das Schulsystem überfordert? Wir meinen ja!

Wir brauchen mehr Freiräume

Es wird an einem Bildungswesen aus der Mitte des 20. Jahrhunderts festgehalten. Mit Einzelmaßnahmen kann nur Stückwerk gelingen. Eine umfassende Reform können diese nicht ersetzen. Im Gegenteil: Die Unübersichtlichkeit nimmt zu wie auch Gefühle der Ohnmacht und des „Ausgeliefertseins“ der lokalen Ebene gegenüber der initiierten Landesebene.

Experten, Eltern, Lehrer, Schüler, die Beteiligten der Bildungs-Gesellschaft stehen manchmal ratlos, aber auch sprachlos vor Schulen, Schulverwaltung und Landtag und fragen sich, wie lange das Beharrungsvermögen gegenüber einer reformbereiten Gesellschaft wohl noch anhält.

Es werden Anträge über Anträge gestellt, um Kindern wenigstens an einzelnen Schulen das zukommen zu lassen, was sie benötigen: eine moderne schulische Bildung, die jedes einzelne Kind als ganzheitliches Individuum in den Mittelpunkt stellt. Die ein Abweichen von der Norm (wie auch immer definiert) nicht als Fehler sieht, sondern als Chance, um gemeinsam mit dem Kind daran zu wachsen. Es herrscht Teamgeist und nicht nur Konkurrenz. Hierzu sind Freiräume notwendig. Und zwar die geistige Freiheit, Bildung nicht nur außerhalb von Schule neu denken zu dürfen und die räumliche Freiheit, damit überhaupt eine Schulgemeinschaft begründet und mit Leben erfüllt werden kann.

Die Erosion der Hauptschule geht weiter

Die Antragsflut der Kommunen zeigt, dass die Kommunalpolitiker, die ohnehin meist jenseits von politischen Dogmen denken, mittlerweile in einer anderen Bildungswelt (zumindest gedanklich) leben. Die Schulverwaltung nutzt diese Bereitschaft nicht einmal zum Dialog auf Augenhöhe. Schriftlich wird in der Regel genehmigt und vor allem nicht genehmigt.

Anschauungsbeispiel und „trauriger Höhepunkt“ ist die „neue“ Werkrealschule. Diejenigen, die direkt an den Menschen sind, wussten früh, dass dies sicher kein Rettungsinstrument für die Hauptschule sein würde, die Anmeldezahlen sprechen Bände. Die Erosion der Hauptschule/Werkrealschule geht weiter. Die Vorgaben aus Stuttgart erzeugen vor Ort das, was von einer zentralistischen Steuerung ausgelöst werden kann: das Gefühl, überfahren worden zu sein bei denjenigen, die die konkrete Umsetzung (unter Zeitdruck) gewährleisten mussten, das Gefühl, nicht vertrauen zu können bei den Abnehmern und Nutzern der Neuerungen; und so stark wie nie zuvor den Wunsch, sich endlich aus diesem rigiden Korsett, das allen die Luft zum Denken raubt, zu befreien.



Martin Lenz



Christiane Staab

Nun sind die Kommunen am Zug

Wenn die Werkrealschule ein Gutes haben könnte, dann das Faktum, dass sie vielleicht zum Totenglöcklein des Einheitsschulsystems wird, das von Stuttgart aus zentralistisch dirigiert, losgelöst von den Gegebenheiten vor Ort, Vorgaben macht. Unserer Meinung nach sind nun die Kommunen am Zug. Schon lange fordert der Präsident des baden-württembergischen Städtetags Ivo Gönner die viel stärkere Einbindung der Kommunen in die Organisation von Schule. Wenn wir die Bildungslandschaft betrachten, stellen wir fest, dass dort, wo die Kommunen bereits zuständig sind, ein breites Bildungsangebot gemacht wird und die Elternzufriedenheit viel höher ist als in den Schulen.

Darüber hinaus bieten Kindergärten und Kindertagesstätten eine reichhaltige Palette der unterschiedlichsten pädagogischen Konzepte und Betreuungsformen. Der Zwang, eine bestimmte Einrichtung besuchen zu müssen, wie dies im Grundschulbereich der Fall ist, fehlt gänzlich. Die hierdurch erfolgende natürliche Konkurrenz der Einrichtungen hat über die Jahre einen fruchtbaren Wettbewerb erzeugt. Die Erzieherinnen werden vor Ort passend zum pädagogischen Konzept der Einrichtung ausgewählt. Schließtage gibt es praktisch nicht. Präsenzpflicht während der Kernzeiten für die Erzieherinnen ist selbstverständlich, ebenso ein Frühstück in der Einrichtung und ein warmes Mittagessen. Fortbildung ist Pflicht. All dies sind Umstände, die im Zusammenhang mit Schule seitens der Verantwortlichen in Landeshoheit scheinbar übersehen werden, obwohl die Kinder dieselben sind!

Ein Durcheinander der Verantwortlichkeit

Da man all diese Dinge aber vor Ort für sehr wichtig erachtet, gibt es inzwischen ein „Durcheinander“ der Verantwortlichkeiten. Die Kommune springt überall dort ein, wo das Land die notwendige Verantwortung nicht übernimmt: Erzieher an den Schulen, Sozialarbeiter, Hausmeister, Sekretärinnen, Räume, die die überalterte Schulbaulinie gar nicht vorsieht, Essensversorgung, Ferienangebote, Förderangebote an der

Schule, Arbeitsgemeinschaften, außerschulische Partner, um ein paar Stichworte zu nennen (dies alles auf der Basis ohne Finanzkrise der öffentlichen Haushalte). Wenn wir nun feststellen, dass das, was Schule heute leisten muss, nur in diesem Kanon geht, dann muss zwingend der zweite Schritt erfolgen: Dieser bedeutet, dass diejenigen, die all dies organisieren und (noch) finanzieren (können), endlich auch Eigenverantwortlichkeit mit Entscheidungsbefugnis bekommen. Bei der Auswahl des Personals, bei der Verteilung der Ressourcen, bei der Erstellung der pädagogischen Konzepte.

Angst vor dem Kontrollverlust

Es ist fragwürdig, dass diejenigen, die Armuts- und Sozialberichte einer Kommune schreiben, Jugendhilfeberichte erstellen, also die Experten der lokalen Ebene, bei der Organisation und Durchführung von Schule und Bildung ihre Erkenntnisse in Schulprogramme nicht einbringen dürfen.

Wir sehen Riesenchancen, auch in Form von Synergieeffekten, wenn mehr Verantwortung nach „unten“ delegiert wird und Gelder vor Ort nach dem spezifischen Bedarf der Gegebenheiten vor Ort von den kommunalen Verantwortungsträgern eingesetzt werden können. Mittelfristig kann dann

auch über den Abbau von Hierarchie-Ebenen nachgedacht werden. Dies wird wohl der Schritt sein, der am schwierigsten zu realisieren ist; geht es doch um beliebte Positionen. Die größte Angst ist in diesen Zusammenhängen wohl diejenige vor Kontrollverlust. Dies war schon erkennbar, als die Schulkämter, die im Rahmen der vorletzten Verwaltungsreform den Kommunen angegliedert worden waren, durch die letzte Verwaltungsreform aber wieder zentralisiert wurden.

Zu viel Nähe vor Ort erzeugte Vertrauen bei den Akteuren, was wiederum mit Misstrauen aus Stuttgart gesehen wurde. Das Auflösen dieser zarten Bande war Ausdruck einer Politik, die kein Interesse an selbstbestimmter kommunaler Bildungsplanung für die Menschen vor Ort hat. Die kommunale Selbstverwaltung ist im föderalen System Deutschlands ein hohes Gut. Es geht im Moment darum, Denkprozesse anzustoßen. Wie die Ausgestaltung aussehen wird? Hierfür sind viele Varianten denkbar. Angesichts dessen, was Kinder heute eigentlich in ihren Schulen bräuchten, und der Bereitschaft vieler Kommunen und Partner vor Ort, sich hierfür zu engagieren, kann es ein „geht nicht“ nicht geben. Unsere Kinder brauchen eine neue, passgenaue Schule vor Ort!

*Martin Lenz, Bürgermeister Karlsruhe
Christiane Staab, Landeselternbeirat*

Von der verordneten Schule zur neuen Bürgerschule

Zur Rückbindung der Schulen in bürgerschaftliche Netze von lokalen Bildungsorten

Die Chance eines Besuchs anderer Länder und Bildungslandschaften besteht zum einen darin, dass man Neues sieht, das man zuhause dann einbringen möchte. Die andere Chance ist, dass man das Altvertraute daheim mit neuen Augen sieht. Erst recht entsteht dieser andere Blick auf das Eigene, wenn man mit Finnland, Südtirol und den USA binnen eines Jahres gleich drei Bildungs- und Schulsysteme erkunden konnte, die in der internationalen Bildungsforschung durchaus Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen vermögen. Professor Martin Weingardt von der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg hat diese Erkundungstour gemacht und erläutert seine Schlussfolgerungen.

Entlang der folgenden, bewusst pointiert formulierten Thesen versucht Professor Weingardt zu verdeutlichen, an welchen Stellen wir in Deutschland offenbar in bestimmten Vorstellungswelten und Selbstverständlichkeiten des Denkens verfangen sind, die es aufzubrechen gilt, um neue lernwirksame und gemeinwesenstnahe Schulen gestalten zu können.

These 1:

Hierzulande besteht eine starke Neigung, Probleme nicht von unten durch die Bürger vor Ort, sondern durch den Staat von oben lösen zu wollen. Dem entspricht es, dass man in Deutschland weniger dialogische, sondern organisatorische Lösungen bevorzugt und sucht.



Prof. Martin Weingardt

der ersten PISA-Studie 2001 wahre Pilgerwanderungen in die gelobten Länder der Bildungssieger – doch was unsere Delegationen von dort zumeist mitbringen, sind wieder der Struktur nach die alten Rezepte: Systemlösungen. Weil sie sozusagen ‚die deutsche Brille auf der Nase lassen‘ beim Reisen. Das heißt: Eingehend wird nach Unterschieden in den Systemen und Organisationsformen der Schulen gesucht, die sich natürlich finden lassen, wie etwa Ganztageschule, Gemeinschaftsschule, kleinere Klassen etc. Obgleich es – würde man diese Brille abnehmen – auch noch anderes zu entdecken gäbe: andere Haltungen, Lernkulturen, dialogische Vernetzungen ins Gemeinwesen, politische Konsenskulturen.

Aber hat man die Systemunterschiede erst einmal entdeckt, scheint sofort klar, dass vor allem darin der Erfolg Finnlands, Schwedens, Südtirols – oder wie die besuchten Länder heißen mögen – begründet sein muss. Und weil man auf beiden Seiten des politischen Spektrums von dieser ‚Systemlogik‘, dieser alles entscheidenden Bedeutsamkeit des Organisatorischen, in seltener Verbundenheit überzeugt ist, bemerkt man gar nicht, dass man eventuell gemeinsame blinde Flecken, sozusagen Wahrnehmungsprobleme hat. Und so kommt man nach Hause, um mit neuen Argumenten bestückt fröhlich weiter zu betreiben, was man seit Jahrzehnten tut: Systemdebatten und -kämpfe austragen. Beinahe als sei man der Meinung: Am systemischen Wesen soll die Schule genesen! Das Resultat: ein halbes Jahrhundert mal offener, mal verdeckter Systemstreit im Schulbereich. Das reicht eigentlich.

Dass diese Sichtweise typisch deutsch ist, machen wir uns nicht klar. Und wie tief in der nationalen Vergangenheit wir noch